

Kunst als Lobbying – Lobbying für die Kunst

Guy Krneta | *Als öffentliche Personen, deren Glaubwürdigkeit auf einem erfolgreichen Werk beruht, könnten sich Künstlerinnen und Künstler als politische Lobbyisten geradezu anbieten. Dies widerspricht jedoch in der Regel ihrem Selbstverständnis. Dabei gibt es etliche Beispiele von Künstlerinnen und Künstlern, die sich in politische Debatten einmischen, nicht nur in eigener Sache. Und wo sie dies tun, wird ihnen umgehend Selbstprofilierung vorgeworfen. Umgekehrt leben Kunstschaaffende mit dem Vorwurf, sie würden zu wenig tun für ihre Sache, sie sollten mehr kulturpolitisch lobbyieren, es fehlten ihnen die gewichtigen Stimmen im Parlament. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Kunst, zwischen dem Dasein als potenziellem Lobbyinginstrument und politischer Marginalisierung.*

«Wenn Sie Geld wollen vom Staat, sind Sie im Wettbewerb mit all den Leuten, die Altersvorsorge wollen, die mehr Polizisten wollen, die mehr öffentlichen Verkehr wollen ... Hier müssen Sie sich irgendwo mit an die Futterkrippe drängen.» Das sagte der damalige SVP-Präsident Ueli Maurer 2003 in einer kulturpolitischen Diskussion des Schweizer Fernsehens an die Adresse der Kunstschaaffenden. Ich sass im Publikum des Basler Schauspielhauses, wo die Sendung aufgezeichnet wurde, und war schockiert über Maurers Politikverständnis: Politik als die Kunst des Drängelns um den Platz an der Futterkrippe. Zugleich war ich beeindruckt vom Pragmatismus und der entlarvenden Ehrlichkeit des Politikers. Immerhin hatte Maurer nicht gesagt, er lehne «überbordende staatliche Kulturförderung ab», wie es im Kulturpapier seiner Partei hiess. Und er hatte auch nicht gesagt, wie im gleichen Papier geschrieben stand, mit der neuen Bundesverfassung – namentlich mit Artikel 69 – seien «neue Schleusen für die Verschleuderung von Steuergeldern geöffnet worden». Er hatte nur gesagt: «Wenn Sie Geld wollen vom Staat, müssen Sie sich mit an die Futterkrippe drängen.» Und: Sie sind im Wettbewerb mit allen anderen, die anderes wollen.

Wo ist der neue Max Bill?

Dass die Kunst keine Lobby habe, ist ein gängiger Vorwurf, nicht zuletzt von Kunstschaaffenden an sich selber und ihre Organisationen. Wir bräuchten wieder Künstler im Parlament, wird gefordert, um im nächsten Atemzug an Max Bill zu erinnern. Der sass zwar nur vier Jahre, von 1967 bis 1971, für den damaligen Landesring der Unabhängigen im Nationalrat. Immerhin wurde aber während dieser Zeit der legendäre Clottu-Bericht initiiert, ein Meilenstein in der Schweizer Kulturpolitik. Und doch ist der Vorwurf nur bedingt haltbar. Denn nach wie vor gibt es einzelne Mitglieder unserer Kulturverbände im Parlament. Es gibt auch eine Handvoll engagierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich kontinuierlich für die Interessen der Kunstschaaffenden einsetzen und mit ihnen im

Gespräch sind. Es gibt die parlamentarische Gruppe Kultur, die allerdings im Moment nicht gerade vor Aktivität sprüht. Es gibt mittlerweile sogar eine Bundesrätin, die als Pianistin ausgebildet wurde und mit einem Schriftsteller verheiratet ist. Es gibt Kulturverbände, die vom Bundesamt für Kultur unterstützt werden und eher gestärkt aus den Debatten rund ums Kulturförderungsgesetz hervorgegangen sind, wenn auch einzelne von ihnen derzeit unter starkem Druck stehen. Und schliesslich gibt es Suisseculture, den Dachverband der professionellen Kunstschaftenden und ihrer Urheberrechtsgesellschaften.

Der Dachverband Suisseculture

Suisseculture wurde 1989 als Arbeitsgemeinschaft der Urheberinnen und Urheber, Interpretinnen und Interpreten gegründet. Anlass war die damalige Urheberrechtsrevision, die 1993 mit dem Inkrafttreten des heutigen Urheberrechtsgesetzes ihren Abschluss fand. Die Kunstschaftenden verschiedener Sparten schlossen sich unter einem Dach zusammen, um – wie die Urheberrechtsnutzer und Produzenten – ebenfalls mit einer Stimme sprechen und die Interessen gemeinsam vertreten zu können. 1995 gab sich die Arbeitsgemeinschaft den Namen «Suisseculture» und setzt sich seither als Dachverband für die Interessen der Kunstschaftenden ein. Diese Interessen können sich gelegentlich durch die unterschiedlichen Sparten kräftig widersprechen. Neben dem Urheberrecht engagiert sich Suisseculture für Fragen der sozialen Sicherheit, für gute Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur – namentlich im Zusammenhang mit der nun alle vier Jahre neu zu formulierenden Kulturbotschaft – sowie bei Medienfragen. So hat der Dachverband kürzlich in einem umfassenden Papier zuhanden der Leitung von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) Stellung genommen zum Kulturauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien.

Lobbytätigkeit ist in der Tat eine Hauptaufgabe von Suisseculture. Und durch die Unterstützung der Urheberrechtsgesellschaften ist es sogar möglich, projektbezogenen Lobbyisten im Bundeshaus zu beschäftigen. Wenn Bundesrätin Sommaruga die Arbeitsgruppe Urheberrecht AGUR 12 einsetzt, ist Suisseculture selbstverständlich vertreten. Das alles kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kunst nach wie vor im Wesentlichen auf den Goodwill einzelner Politikerinnen und Politiker angewiesen ist; dass die Kulturpolitik kein Feld ist, in dem man sich profilieren kann – Gegenbeispiele gibt es allenfalls in den Gemeinden und grösseren Städten; und dass Politikerinnen und Politiker, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ein umso grösseres Verständnis für das Wesen der Kunst haben, je näher sie die Verhältnisse kennen: ob als Stiftungsräte von Kulturstiftungen, Eltern von Kindern, die eine Musikschule besuchen, als Bruder oder Schwester einer Schauspielerin, eines Bildenden Künstlers, eines

Komponisten, einer Schriftstellerin, eines Filmemachers ... Erschreckend ist gelegentlich zu erfahren, wie wenig Politikerinnen und Politiker über die Existenzformen und Produktionsweisen von Kunstschaffenden wissen. Und wie unbekannt umgekehrt vielen Künstlerinnen und Künstlern realpolitische Vorgänge sind.

Das Projekt «Kunst trifft Politik»

Aus diesem Grund hat Suisseculture vor einigen Jahren das Projekt «Kunst trifft Politik» organisiert. Ziel war es, 246 Gespräche auf die Beine zu stellen. Eine Künstlerin, ein Künstler sollten je eine Parlamentarierin, einen Parlamentarier zum Gespräch unter vier Augen treffen. Das Gespräch wurde in einem kleinen Bericht festgehalten, die Begegnung mit einem Foto dokumentiert. Bericht und Foto wurden dann auf einer dafür eingerichteten Website publiziert. Das ambitionöse Ziel der 246 Gespräche wurde nicht ganz erreicht, immerhin fanden aber rund 150 Treffen statt. Davon wurden etliche, zum Teil auf recht originelle Weise, auf der Website präsentiert (siehe www.suisseculture.ch > kunst trifft politik). Der Ausgangspunkt fürs Gespräch war der damalige Entwurf des Kulturförderungsgesetzes. Doch hatten viele Künstlerinnen und Künstler grossen Respekt vor den Treffen und fühlten sich nicht in der Lage, trotz Briefing durch die Suisseculture, politisch zu argumentieren, falls Widerspruch käme. Sie wurden ermutigt über die Dinge zu sprechen, die sie kannten: ihre Ausbildung, ihren Lebensweg, ihre Produktionsformen und ihren Berufsalltag als Künstlerin oder Künstler. Die Rückmeldungen zeigten eine grosse Erleichterung auf beiden Seiten, als festgestellt wurde, dass sich mit dem Gegenüber reden liess. Es gab ausgesprochen glückliche Begegnungen von Menschen, die sich zum Teil aus den Medien kannten und dann feststellten, dass sich das öffentlich vermittelte Bild mit dem persönlichen Eindruck nicht deckte. Die Medien, die darüber berichteten, fassten die Aktion rundum verächtlich als «Lobbying» auf. Doch tatsächlich ging die Sache weit darüber hinaus. Im Vordergrund stand nicht die Überzeugungsarbeit, die geleistet werden sollte, sondern die persönliche Begegnung. Politikerinnen und Politiker erfuhren, dass es Menschen gibt in diesem Land, die sich trotz Einkommens am Existenzminimum den Luxus leisten, freischaffende Künstlerinnen zu sein. Und bisher eher apolitische Künstler erfuhren, dass die Politik von Menschen gemacht wird, mit denen sich reden lässt und die sich, wenigstens im direkten Gespräch, durchaus offen zeigen für die Anliegen der Kunst.

Darüber hinaus war die Aktion dann aber doch eine der effektivsten Kampagnen, die Suisseculture in den letzten Jahren durchgeführt hat. Vielleicht gerade weil die Idee der Kampagne nicht im Vordergrund stand. Im Gespräch gelang es einer Tänzerin, einen SVP-Nationalrat davon zu überzeugen, es sei günstiger, er-

folgreichen Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit zum Abschliessen einer Altersvorsorge zu geben, als sie später mit Sozialgeldern über Wasser halten zu müssen. Entgegen dem Willen des damaligen Bundesamts für Kultur und des damals verantwortlichen Bundesrats steht die soziale Vorsorge nun im neuen Gesetz.

Erfolgreiches Lobbying für ein schweizerisches Literaturinstitut

Ein anderes Beispiel für erfolgreiches Lobbying im Kulturbereich ist folgendes: Vor einigen Jahren lancierte ich die Idee einer Kunstausbildung für Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Die Idee war nicht neu. Seit den Dreissigerjahren des vergangenen Jahrhunderts gab es Literaturinstitute in den USA und in Ostblockstaaten. Parallel dazu war auch in Westdeutschland ein Studiengang für Dramatik aufgebaut worden. In der Schweiz jedoch gab es grosse Vorbehalte gegenüber der Idee eines Kunststudiums in literarischem Schreiben, nicht nur auf Seiten der Politik, sondern auch auf Seiten der Autorinnen und Autoren. – Fairerweise muss dazu gesagt werden, dass es auch sehr viel Zuspruch gab und die Zeit irgendwie reif war für diese Idee, sonst gäbe es das Literaturinstitut in Biel heute jedenfalls nicht.

Es galt, und das war mir damals nicht wirklich bewusst, ein grosses Lobby-system aufzubauen, das auf all den unterschiedlichen Ebenen – Literaturszene, Medien, Fachhochschule, Bundesamt für Bildung und Technologie, Städte, Kantone, Bundesrat usw. – griff. Ich ging zu etlichen Leuten hin, führte Interviews, zeichnete die Gespräche auf und transkribierte sie. Es war ein quasi-literarisches Verfahren, das ich anwandte, mit der Folge, dass ich einerseits unzählige gute Ideen und Anregungen empfing, andererseits Verbündete gewann, auf die ich mich im Weiteren berufen konnte. Es brauchte – wie fast immer in der Schweiz, um die Subsidiarität in Gang zu bringen – den grösseren Betrag einer privaten Stiftung. Doch beinahe gekippt worden wäre das Projekt schliesslich auf Ebene Erziehungsdirektorenkonferenz. Als sich eine eigentlich kulturaffine Regierungsrätin querstellte und sich als Vertreterin des Genie-Kults outete: Literarisches Schreiben könne nicht gelehrt werden, behauptete sie, als Schriftstellerin und Schriftsteller werde man geboren. – Als ob es da einen wesentlichen Unterschied gäbe zur Freien Kunst, zum Jazz oder zur Komposition.

Etliche namhafte Kollegen intervenierten, sie schrieben Briefe, griffen zum Telefon, bis uns Mitarbeitende jener Regierungsrätin mitteilten, es gäbe kein aufdringlicheres Lobbying als das von Künstlerinnen und Künstlern. Wir sollten jetzt bitte aufhören. Die Regierungsrätin würde sich die Sache noch mal überlegen. – Das Literaturinstitut in Biel besteht heute, ist erfolgreich und kaum mehr wegzudenken.

Kunst als wirksames Lobbying?

Man könnte daraus schliessen, dass sich Kunstschaffende geradezu als Lobbyistinnen und Lobbyisten anbieten. Ihr Name und ihre Bekanntheit vermögen ihnen Türen zu öffnen. Ihr Trumpf ist die Authentizität. Ihre Glaubwürdigkeit wird durch ein künstlerisches Werk untermauert.

Tatsächlich gibt es immer wieder Versuche, bekannte Künstlerinnen und Künstler als Lobbyisten einzuspannen. Banken laden zu privaten Konzerten mit Opernstars ein. Oder: Ein Freund von mir sitzt im Beirat eines Fussballclubs, wo er keine andere Funktion hat, als – unbezahltermassen – seinen prominenten Namen zur Verfügung zu stellen. Andere werden gewonnen für Beiräte von Kunsthochschulen, Museen oder Archiven. Ebenso gibt es immer wieder Anfragen für die Unterstützung von politischen Kampagnen. Und schliesslich haben Künstlerinnen und Künstler selber – spätestens seit der Annahme der Anti-Minarett-Initiative – vermehrt das Bedürfnis, ihre Bekanntheit und die medialen Foren, die sich ihnen bieten, für Inhalte zu nutzen, die über die direkte künstlerische Arbeit hinausgehen; sich als öffentliche Personen zu begreifen, die in bestimmten Situationen nicht schweigen wollen. Doch während die Polarisierung des Kalten Krieges neben der Stigmatisierung und Hysterie auch öffentliche Aufmerksamkeit schuf, drohen die heutigen Wortmeldungen im medialen Rauschen echolos zu verhallen – im gleichen medialen Rauschen übrigens, das unaufhörlich das Fehlen von prägnanten Stimmen beklagt.

Das Künstlerinnen- und Künstlernetzwerk «Kunst+Politik»

Solche Überlegungen haben vor drei Jahren zur Bildung des Künstlerinnen- und Künstlernetzwerks «Kunst+Politik» (www.kunst-und-politik.ch) geführt: einerseits um politische Kunst-Aktionen zu initiieren, zu unterstützen, andererseits die Debatte darüber zu führen, was heutige politische Kunst sein könnte und zu vermögen vermöchte. Ein wichtiger Antrieb war der Wunsch, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Kunstschaffende zu lenken, die zu gewissen Themen aus biografischen und künstlerischen Erfahrungen heraus einiges zu sagen haben. Zum Thema Migration beispielsweise. Seit vielen Jahrhunderten macht die Kunst ja vor, was kulturelle Globalisierung bedeuten könnte. Und die Krise der realen Globalisierung führt nicht zuletzt daher, dass sie sich für die Errungenschaften der Kunst nicht interessiert.

«Kunst+Politik» hat in den letzten drei Jahren etliche Aktionen durchgeführt. Die beachtetsten waren unser Web-Projekt gegen die Blochersche Übernahme der Basler Zeitung unter dem Titel «Rettet Basel!» sowie der Film «Vor die Tür?» von Micha Lewinsky gegen die Ausschaffungsinitiative. Eine jüngere Aktion hiess «an deiner statt»: 30 zum Teil renommierte Autorinnen und Autoren schrieben

nach persönlicher Begegnung Porträts von Sans-Papiers und abgewiesenen Asylbewerbern. Die Texte wurden den Tageszeitungen zum Gratisabdruck angeboten. Eine Book-on-demand-Version schickten wir – eine klassische und recht folgenlose Lobbyaktion – an sämtliche Mitglieder des Ständerats vor der Abstimmung über die zehnte Asylrechtsverschärfung. Ein einziger Ständerat, bemerkenswerterweise einer, den wir persönlich nicht kannten, bedankte sich für das Geschenk.

Kunst und Demokratie

Dass sich bekannte Künstlerinnen und Künstler bei gewissen Vorlagen am Abstimmungskampf oder sogar an einem Wahlkampf beteiligen, hat in der Schweiz Tradition. Und auch der Vorwurf, sie täten das nur, um den künstlerischen Ruhm zu mehren und das eigene Werk aufzuwerten. Zu untersuchen wäre allenfalls, wie gross die Wirkung solcher Aktivität tatsächlich ist, wie weit sich Glaubwürdigkeit, die jemand durch sein künstlerisches Werk erworben hat, als politisches Kapital einsetzen lässt. Ich vermute, die Wirkung ist im regionalen Bereich grösser als im nationalen, und umso grösser, je einsichtiger die Künstlerin, der Künstler mit dem Anliegen verbunden scheint; und schliesslich ist sie auf bestimmte Entscheidungsträger vielleicht stärker als auf eine breite Stimmbevölkerung. All das hält uns jedenfalls nicht davon ab, uns weiterhin bei öffentlichen Debatten einzubringen.

Dass sich Kunstschaffende als Lobbyisten aber nur bedingt eignen, hat auch unmittelbar mit dem Selbstverständnis zu tun. Künstlerinnen und Künstler lassen sich nur ungern vereinnahmen. Sie sind unzuverlässige Zeitgenossen. Allzu explizite Aufträge lösen in ihnen das Bedürfnis aus, das Gegenteil dessen zu tun, was von ihnen verlangt wird. Dabei fällt auf, dass eine jüngere Generation keinerlei Berührungsängste vor kommerzieller Werbung hat, sich aber nicht von politischen Parteien einspannen lassen möchte. Der Zyniker merkt an, es liege an der Höhe der Honorare. Mir scheint aber, dass hier in den Köpfen eine Wertumwandlung stattgefunden hat. Während kommerzielle Tätigkeit moralisch wertfrei als existenzsichernd und gewinnvermehrend begriffen wird, gilt der Staat, mit dem alle etablierten Parteien assoziiert werden, als latent vereinnahmend und tendenziell totalitär. Die Utopie des demokratischen Projekts hat es derzeit schwer, selbst in Kunstkreisen.

Das Risiko von Auftragskunst

Wie eigenwillig und riskant politische Auftragskunst sein kann, hat Economie-suisse kürzlich erfahren. Der bisher kaum als politischer Kopf in Erscheinung getretene Regisseur Michael Steiner sollte im Zusammenhang mit der Abzockerinitiative einen Abschreckungsfilm drehen und entwarf sein eigenes monumen-

tales Flüchtlingsdrama in umgekehrter Richtung. Nicht die dunkel beschwo-
renen Flüchtlingswellen erfassten die heimelige Schweiz. Sondern die hier Ge-
borenen mussten wie im neunzehnten Jahrhundert ihre erbärmlichen Habselig-
keiten zusammenschnüren und das Land verlassen. Wer darüber las – sehen
konnte den Film ja dann niemand –, gewann den Eindruck, der Regisseur habe
mit dreihunderttausend Franken für einen Kurzfilm aus jenem Vollen geschöpft,
das ihm unter üblichen Produktionsbedingungen verwehrt bleibt. Ein aus künst-
lerischer Sicht legitimes Verfahren für den offenbar falschen Auftraggeber. Viel-
leicht hätte Steiner sein Flüchtlingsdrama lieber in der richtigen Richtung für
Amnesty International gedreht. Diese hätte ihm allerdings keinen solchen Be-
trag geboten.

Schlussbemerkung

Es wäre übertrieben zu behaupten, Ueli Maurer habe mir die Unschuld geraubt
und die kulturpolitischen Augen geöffnet. Aber ich kann mir eine demokratische
Politik ohne Lobbying beim besten Willen nicht vorstellen. Das Skandalöse oder
Dubiose, wie Sager/Willener die Sache in der NZZ vom 22. Mai 2013 bezeichnen,
entsteht durch die empörend ungleich langen Spiesse. Dass sich Interessen in
Verbänden bündeln, wo sie gemeinsam vertreten und in die Politik eingebracht
werden, scheint mir nicht nur legitim, sondern die Voraussetzung für demokra-
tische Verfahren zu sein. Als zersetzend erachte ich den wachsenden Lobbying-
markt, die immer ungezügeltere Tätigkeit von Public-Affairs-Firmen im wirt-
schaftlichen Wettbewerb. Dabei werden die Dringlichkeit und gesellschaftliche
Relevanz von Anliegen verzerrt, der demokratische Prozess ad absurdum geführt.
Eine Regelung von Lobbyingtätigkeit darf sich nicht auf den Ruf nach Transpa-
renz beschränken. Sie müsste vielmehr die ungleichen Kräfteverhältnisse austar-
rieren, die Schwachen tendenziell überbewerten und den Einfluss der kommer-
ziellen Interessen zurückbinden.

Guy Krneta, Schriftsteller, Basel, E-Mail: krnet@sunrise.ch

Anmerkung

Guy Krneta erhielt eine «Carte blanche» zum Thema.

Résumé

En tant que personnalités publiques, dont la crédibilité s'appuie sur une œuvre reconnue, les artistes ont la possibilité d'agir comme lobbyistes politiques, ce qui peut parfois être en désaccord avec l'image qu'ils veulent donner d'eux. De fait, de nombreux artistes s'immiscent dans des débats politiques, et pas seulement sur les sujets qui les concernent directement. Toutefois, lorsqu'ils le font, il leur est souvent reproché de prendre part aux débats dans le but d'être médiatisés. Paradoxalement, on reproche également aux artistes de ne pas défendre suffisamment leur cause, et notamment de ne pas faire suffisamment de lobbying pour être mieux représentés au Parlement. Dès lors, l'art est tiraillé entre son potentiel en matière de lobbying et sa marginalisation politique.